

Antrag des Ortsverbandes Moabit :

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Begrenzung des Zuwachses von Spielhallen:

Die CDU-Mitte fordert alle Vertreter und Mandatsträger der CDU Berlin auf, gegenüber dem Bundesgesetzgeber dafür einzutreten, Maßnahmen gegen eine städtebaulich unerwünschte Massierung von Spielhallen zu ergreifen.

Insbesondere soll die Baunutzungsverordnung dahingehend geändert werden,

- daß durch Änderung der §§ 4,4a Vergnügungsstätten in allgemeinen und besonderen Wohngebieten für unzulässig erklärt,
- Vergnügungsstätten in Mischgebieten durch Änderung des § 6 nur noch ausnahmsweise – in Berlin durch die Bezirke- für zulässig erklärt ,
- und durch Änderung des § 7 Vergnügungsstätten in Kerngebieten auch auf Grund einer unerwünschten Massierung untersagt

werden können.

Begründung:

Die Neuerrichtung von Spielhallen in vielen Straßen, neuerdings auch in Wohngebieten erreicht landesweit , aber auch in vielen Berliner Ortsteilen einen neuen traurigen Höhepunkt. Die Abwehrmechanismen gegenüber dieser Entwicklung sind unzulänglich.

Weil hierdurch eine Verödung von Geschäftsstraßen ebenso wie eine Verelendung von Wohnquartieren einhergeht, ist ein wirksames Instrumentarium zur Begrenzung und Steuerung des Zuwachses von Spielhallen notwendig.

gez. Volker Liepelt
(Vorsitzender)